

Besetzte Wasserressourcen in Palästina

von Dr. Christiane J. Fröhlich

Israelis, Palästinenser und Jordanier beziehen ihr Wasser aus dem Jordan und seinen Zuflüssen, dem See Genezareth sowie einigen Grundwasserspeichern. Die Region des Nahen Ostens ist durch ein trockenes bis halb-trockenes Klima gekennzeichnet, bei dem häufige Dürren die natürlichen Wasservorräte strapazieren. Verschärft wird die Situation durch eine ineffiziente Wassernutzung, ein hohes Bevölkerungswachstum sowie eine wachsende wirtschaftliche Entwicklung und Verstädterung. Eine ausreichende Wasserversorgung ist deshalb schon vor vielen Jahrzehnten zum nationalen Sicherheitsinteresse der beteiligten Nationen und so zum Gegenstand des Nahostkonflikts geworden.

Wasserknappheit: Realität oder politisch gewollt?

Der Wasserkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern beruht nicht in erster Linie auf natürlicher Wasserknappheit, sondern eher auf einer Wasserpolitik, die auf historisch gewachsenen Mythen und innenpolitischen Interessen beider Seiten beruht. Diese Politik verhindert bis heute eine gerechte Verteilung und rationale Nutzung der regionalen Wasserressourcen. Das regionale Wasservorkommen würde ausreichen, um Haushalte und Industrie nicht nur in Israel und den palästinensischen Gebieten, sondern sogar in Jordanien zu versorgen. Seit Jahrzehnten liegen umsetzbare Konzepte zum gemeinsamen, nachhaltigen Umgang mit Wasser auf dem Tisch. Sie scheitern aber an politischen Vorbehalten. Es mangelt auf beiden Seiten also nicht vorrangig an Wasser, sondern an innenpolitischem Reformwillen und an der Bereitschaft zu Verhandlungen und Kompromissen. Darunter

leiden letztlich die Bewohner und die Umwelt. Israel kontrolliert seit dem Sechstagekrieg von 1967 den Großteil aller regionalen Wasserressourcen. Die Autoren eines Berichts des israelischen Wasserkomitees von 2002 kritisieren, dass in Israel etwa 60 Prozent dieses Wassers für landwirtschaftliche Zwecke verwendet werde. Es werden zudem Sprinkleranlagen moniert, die zur Mittagszeit betrieben werden sowie Abwasser, das ungeklärt ins Mittelmeer geleitet wird. Weiterhin werde die Landwirtschaft deutlich subventioniert, obwohl die wirtschaftlichen Gewinne aus dem Agrarsektor gering sind. Der Wasserverbrauch in Wohnungen und öffentlichen Gebäuden liegt in Israel bei 240 bis 280 Litern pro Kopf und Tag, und damit deutlich über den von der Welthandelsorganisation (WHO) als Standard festgelegten 100 Litern. In Deutschland liegt der Wert bei 136 Litern am Tag.

Warum betreibt Israel eine so verschwenderische Wasserpolitik? Eine Antwort ist vielleicht der zionistische Mythos der „blühenden Wüste“ im Heiligen Land. Landwirtschaft hat in Israel einen politisch-ideologischen Wert, der weit über ihre wirtschaftliche Bedeutung hinausgeht. Wohl auch aus diesem Grund lehnt der oben genannte Bericht trotz seiner Kritik die Behauptung ab, die „verschwenderische Landwirtschaft“ sei der Grund für die israelische Wasserkrise. Die Rolle der Palästinenser spielt in diesem Diskurs im Übrigen keine Rolle.

Für die Palästinenser im Westjordanland bedeutet die israelische Kontrolle über die regionalen Wasserressourcen, dass jede Maßnahme im Wassersektor von der Zustimmung der israelischen Regierung abhängt. Nur im Gazastreifen



Bewässerung der Felder zur Mittagszeit? Ein Schlüssel zur gerechten Verteilung der Ressourcen ist eine umsichtige Wasserpolitik. (Foto: Sly/Fotolia.com)

stehen die Wasservorkommen seit dem Abzug der israelischen Siedler 2005 unter palästinensischer Kontrolle. Sie werden allerdings massiv übernutzt und sind als Trinkwasser nur noch mithilfe von teurer Entsalzungstechnologie zu gebrauchen. Der Friedensprozess der 1990er Jahre hat an der palästinensischen Abhängigkeit von Israel wenig geändert. Die zu Beginn des Prozesses bereits seit Jahrzehnten bestehenden ungleiche Verteilung der Wasserressourcen



Können Entsalzungsanlagen zur Lösung der Wasserfrage zwischen Israelis und Palästinensern beitragen? (Foto: KSB Aktiengesellschaft)

wurde nur leicht modifiziert, indem den Palästinensern ein gewisser zusätzlicher Bedarf bescheinigt wurde. Dieses Zugeständnis wurde allerdings bis heute, 15 Jahre nach dem Oslo II-Abkommen, nicht genutzt, um die Lage zu verbessern – aus israelischer Sicht ein Versäumnis der palästinensischen Autonomiebehörde, aus Sicht der Palästinenser behindert Israel jegliche Verbesserungen im palästinensischen Wassersektor. Letztlich wurden in den Friedensverhandlungen die bestehenden Verhältnisse eher zementiert als verändert: Auch nach Oslo nutzt Israel etwa zehnmal mehr Wasser als die Palästinenser und verfügt über eine hoch entwickelte Wasserinfrastruktur, während etwa 40 Prozent der palästinensischen Dörfer im Westjordanland noch immer nicht an das Wassernetz angebunden sind. Ihre Einwohner müssen Wasser zu hohen Preisen über Tanker beziehen. Und auch wenn die Mauer, die seit Beginn der Zweiten Intifada gebaut wird, zwar nicht dazu dient, palästinensisches Wasser unter israelische Kontrolle zu bringen – dazu ist die Menge viel zu unerheblich – so führt sie doch dazu, dass viele palästinensische Bauern ihre Felder und Brunnen nicht mehr erreichen oder neue Brunnen bohren können, und so ihre Lebensgrundlage verlieren.

Rettung durch Meerwasserentsalzung?

Zur Lösung des Konflikts setzt Israel auf Meerwasserentsalzung. Mit ihrer Hilfe könne, so die Argumentation, die Wasserknappheit behoben

und die innen- und außenpolitischen Konflikte um knappe Wasserressourcen gelöst werden. Im August 2005 wurde die erste große Entsalzungsanlage in Ashkelon in Betrieb genommen. Sie soll bei voller Ausschöpfung ihrer Kapazitäten pro Jahr fünf bis sechs Prozent des israelischen Wasserbedarfs decken. Der israelische Plan sieht zudem eine ganze Serie von Entsalzungsanlagen entlang der Mittelmeerküste vor: Bis 2020 sollen über 35 Prozent des israelischen Wasserbedarfs durch entsalztes Wasser gedeckt werden.

Aus israelischer Sicht könnte durch groß angelegte Meerwasserentsalzung die Verkleinerung des ideologisch wichtigen und politisch einflussreichen israelischen Agrarsektors vermieden und innenpolitische Probleme umgangen werden. Die Diskussion um eine Neudefinition und Umverteilung der Wasserrechte, vor allem bezüglich der Grundwasserleiter im Westjordanland, wäre überflüssig. Statt den Palästinensern die Kontrolle über dieses Wasser zu gewähren, könnte Israel sie mit entsalztem Wasser entschädigen. Israel müsste sich nicht vom Gutdünken seiner arabischen Nachbarländer abhängig machen, indem es die Kontrolle über Grund- oder Oberflächengewässer aufgäbe. Die Versorgung beider Bevölkerungsgruppen wäre gewährleistet und die ideologische Basis des jüdischen Staates nicht in Gefahr. Doch eine nachhaltige Lösung des Wasserkonfliktes kann auf diesem Weg nicht erreicht werden. Es ist ökologisch und wirtschaftlich langfristig nicht vertretbar, wie bisher fossile Ressourcen wie Erdgas oder Erdöl zu verwenden, um ein so flüchtiges Ele-

ment wie Wasser zu erzeugen. Ebenso wenig ist es sinnvoll, den großen Wasserverbrauch der israelischen Landwirtschaft zu ignorieren.

Doch wie immer im Nahostkonflikt liegt das Problem nicht nur in der israelischen, sondern genauso in der palästinensischen Politik begründet. Dort stehen neben fehlender Wirtschaftskraft ebenfalls politisch-ideologische Interessen einem rationalen regionalen Wassermanagement im Wege. Die palästinensische Autonomiebehörde vertritt die Ansicht, entsalztes Wasser von Israel anzunehmen, käme einer Aufgabe jeden Anspruchs auf die natürlichen Wasservorkommen gleich. Auf beiden Seiten gehört es somit zu der Sphäre des Unsagbaren, dem jeweils anderen sein Recht auf eine ausreichende Wasserversorgung zuzugestehen, danach zu handeln und damit auch die jeweils eigene Wassernutzung und -verteilung in Frage zu stellen. Solange diese tiefer liegende Konfliktlinie existiert, bleibt eine gerechtere Verteilung und rationalere Nutzung der regionalen Flüsse, Seen und Grundwasserspeicher sehr unwahrscheinlich.



DR. CHRISTIANE J. FRÖHLICH

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstätte der evangelischen Studiengemeinschaft e.V. in Heidelberg, promovierte Soziologin und Mitherausgeberin des Friedensgutachtens.